

BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG VOM 23. NOVEMBER 2024

GEMEINSAM GEGEN DIE AfD – FÜR EINE PLURALE ZIVILGESELLSCHAFT

Der Landesjugendring NRW und alle Mitgliedsverbände solidarisieren sich mit dem Landesjugendring Brandenburg gegen die Angriffe der AfD.

Mit der Drohung, den Landesjugendring Brandenburg „zu zerschlagen“, offenbart die AfD ihre jugendpolitische Haltung. Selbstorganisierte Jugendarbeit, die nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft in Kombination mit dem Subsidiaritätsprinzip des SGB VIII sicherstellen sollte, dass die erneute Bildung einer gleichgeschalteten Staatsjugend verunmöglicht wird, ist der AfD offenbar ein Dorn im Auge.

- Wir stehen gemeinsam für eine pluralistische Zivilgesellschaft, in der wir die Selbstorganisation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, wie sie das SGB VIII vorsieht, erleben können.
- Die Mitgliedsverbände des Landesjugendrings NRW wirken darauf hin, dass Mitglieder der AfD sowie anderer verfassungsfeindlicher Parteien von der Übernahme von Ämtern und Funktionen im jeweiligen Jugendverband einschließlich seiner Untergliederungen ausgeschlossen werden. Ferner stellen sie klar, dass eine Mitgliedschaft in diesen Parteien dem jugendverbandlichen, aus dem Grundgesetz abgeleiteten Wertegerüst widerspricht. Sie überprüfen ihre Strukturen und entwickeln sie weiter, um sie nachhaltig gegen rechtsextreme Beeinflussung abzusichern. Dementsprechend wirken sie im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten darauf hin, dass eine Mitgliedschaft im jeweiligen Verband mit seinen Untergliederungen mit der Mitgliedschaft in verfassungsfeindlichen Parteien unvereinbar ist.
- Alle Mitgliedsverbände werden aufgefordert, in den nächsten Monaten demokratiebildende und jugendpolitische Angebote zu den anstehenden Kommunal- und Bundestagswahlen durchzuführen, die sich an jugendverbandlichen Werten wie Demokratie, Menschenfreundlichkeit und Vielfalt orientieren. In diesen Veranstaltungen soll auch über die demokratie- und menschenfeindliche Politik der AfD informiert und aufgeklärt werden, um diese gemeinsam zu bekämpfen.
- Wir fordern ein Parteiverbotsverfahren gegen die AfD und bekräftigen damit den entsprechenden Antrag im Deutschen Bundestag.

Außerdem fordern wir einen aktiven Einsatz der gesamten Zivilgesellschaft gegen rechtsextremes und demokratiefeindliches Gedankengut, der über ein Parteiverbotsverfahren hinausgeht. Damit greifen wir den Beschluss des Deutschen Bundesjugendrings "AfD-Parteiverbotsverfahren jetzt!" auf.